

Initiativantrag Nr. 01/II/2024
Antragsteller*innen: GLV

1 ***Der Landesparteitag möge beschließen:***

2

3 ***Bundestagswahl zur Richtungsentscheidung machen***

4 *Am 6. November 2024 hat Bundeskanzler Olaf Scholz mit Verweis darauf, dass eine Fiskalpolitik der*
5 *schwarzen Null den aktuellen Herausforderungen nicht gerecht werden kann, den Bundesminister der*
6 *Finanzen, Christian Lindner, entlassen und damit die Ampelkoalition beendet. Bundeskanzler Scholz will*
7 *am 16. Dezember 2024 die Vertrauensfrage stellen. Bundespräsident Steinmeier wird dann den*
8 *Bundestag auflösen und vorgezogene Neuwahlen ansetzen. So werden wir am 23. Februar 2025 einen*
9 *neuen Bundestag wählen und danach eine neue Bundesregierung bilden.*

10 Nach der Wiederwahl von Donald Trump stehen Deutschland und Europa vor neuen
11 Herausforderungen. Indem Olaf Scholz die Finanzierung der militärischen und zivilen Unterstützung der
12 Ukraine außerhalb des Haushalts sicherstellen wollte, hat er versucht, eine dieser Herausforderungen
13 schnell zu beantworten. Der Bundesfinanzminister hat sich diesem Schritt verweigert und damit
14 deutlich gemacht, dass diese Koalition nicht mehr in der Lage ist, die selbst gesteckten Ziele zu erfüllen.
15 Die FDP stellt den Fetisch der schwarzen Null und die Ideologie der Austerität über alles.

16 Dieser Konflikt hat aber auch gezeigt, dass Deutschland vor einer Richtungsentscheidung steht. Als
17 Sozialdemokrat*innen müssen wir diese Entscheidung gemeinsam beantworten. Dabei haben die US-
18 Wahlen deutlich gemacht: Die Wähler*innen entscheiden in Zeiten von Transformation und
19 Unsicherheiten entlang ihrer materiellen Lage. Sie wollen ihren Lebensstandard sichern und der
20 eigenen Familie den Aufstieg ermöglichen.

21 Global gesehen ist Deutschland – neben Argentinien – das letzte Land, in dem maßgebliche politische
22 Akteure noch der neoliberalen Ideologie frönen und glauben, mit globalem Freihandel und
23 fiskalpolitischer Austerität der dreifachen Transformation – hin zu einer klimaneutralen, digitalen und
24 resilienten Ökonomie und Gesellschaft – gerecht zu werden. Die „schwarze Null“ ist aber weltweit
25 inzwischen ein Inbegriff für eine wirtschafts- und fiskalpolitische Isolation Deutschlands geworden. Die
26 Stärke der deutschen Wirtschaft hat in den letzten Jahren ausgereicht, die mit dieser Politik
27 einhergehenden Verteilungskonflikte mit viel Geld notdürftig zu flicken. Nach der Coronakrise und dem
28 Energiepreisschock im Zuge des Ukrainekriegs sind diese Spielräume jedoch aufgebraucht. Olaf Scholz
29 hat daher Recht, wenn er feststellt, dass die Menschen in Deutschland jetzt die Wahl haben müssen.
30 Entweder kann die Verteilungsfrage konfrontativ gegen die finanziell Schwächeren in der Gesellschaft
31 beantwortet werden. Oder wir müssen die Investitionen zur Bewältigung der gewaltigen
32 Herausforderungen der aktuellen Zeit für Gesellschaft und Wirtschaft als Zukunftsaufgabe verstehen
33 und entsprechend finanzieren. Für uns als SPD ist die Wahl klar. Wir lehnen marktliberale Rezepte ab.
34 Sie werden einer Welt, die vom geoökonomischen Wettbewerb erschüttert wird, nicht funktionieren.
35 Als SPD müssen wir daher in den kommenden Wochen deutlich machen, dass wir die Kompetenz

36 besitzen, den Standort Deutschland zu stärken, den sozialen Zusammenhalt zu fördern und dabei
37 gerade Menschen mit mittlerem, niedrigem oder ohne Einkommen zur Seite zu stehen.

38 **1. Ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist die Grundlage für einen starken Staat**

39 Der scharfe geopolitische Wettbewerb besonders zwischen den USA und China erhöht den Druck auf
40 Verbündete und Partner, Investitionsentscheidungen aus geopolitischer Perspektive zu treffen.
41 Unternehmen stehen vor der Wahl zwischen rivalisierenden IT-Infrastrukturen, Märkten und
42 Währungssystemen. Die Diversifizierung, vor allem im Hochtechnologiesektor, beschleunigt sich. Am
43 Ende dieser Entwicklung könnten konkurrierende Wirtschaftsblöcke entstehen. Zusammen verändern
44 diese Trends die Funktionsweise der Weltwirtschaft. Das Paradigma verschiebt sich von Effizienz zu
45 Resilienz. Das Primat der nationalen Sicherheitsinteressen ist zurück. Die Regierung übernimmt dabei
46 die Kontrolle. Auch darum ist das neoliberale Wirtschaftsmodell tot.

47 Vor diesem Hintergrund hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen
48 Lage (SVR) Deutschland eine langfristige Wachstumsschwäche und fehlende Wettbewerbsfähigkeit
49 prognostiziert. Der SVR macht dafür drei strukturelle Gründe aus: fehlende private Investitionen und
50 Innovationen in den wirtschaftlichen Umbau, fehlende staatliche Investitionen in die vielfach marode
51 Infrastruktur und fehlende Zuwächse in der Produktivität der deutschen Unternehmen. Die aktuelle
52 Stagnation des Marktes in Deutschland macht sich insbesondere im industriellen Bereich bemerkbar,
53 wo wir nicht nur Produktionsrückgänge, sondern auch ernstzunehmende Verlagerungen von
54 Zukunftsinvestitionen beobachten müssen. Inmitten eines drohenden Handelskriegs zwischen den USA
55 und China müssen sich in Zukunft Europa und die deutsche Wirtschaft behaupten.

56 Die Stärkung des Industriestandorts Deutschland erfordert deshalb umfangreiche Investitionen in die
57 Infrastruktur (wie Mobilität, Digitalisierung und Bildung), die Energieversorgung und den Klimaschutz.
58 Die Transformation bietet zahlreiche Chancen, um regelbasierte Systeme des Welthandels und der
59 Geopolitik zu stärken. Unsere Energiebedarfe können wir gemeinsam mit Staaten Zentralasiens und
60 Afrikas in Angriff nehmen. Wir benötigen neue strategische Partnerschaften für unseren Handel und
61 unsere Lieferketten, um uns weiter zu diversifizieren und damit resilienter zu werden. Unsere
62 resilienten Lieferketten können wir mit Hilfe osteuropäischer und an Europa angrenzender Märkte
63 verstärkt sicherstellen. Die kommende Bundesregierung muss daher eine Diplomatie-Offensive in
64 Europa und mit unseren Nachbarn und der Zusammenarbeit in der EU starten. Dies erfordert
65 Besonnenheit und Realismus, denn wir glauben nicht an ein kurzfristiges Freihandelsabkommen
66 Europas mit den USA zur Schaffung eines integrierten Markts. Wir bekennen uns zugleich zu den
67 Lieferkettengesetzen in Deutschland und innerhalb der EU und werden diese verteidigen, um
68 Menschenrechte zu stärken, die Umwelt zu schützen und die Ausbeutung stoppen.

69 Eine SPD geführte Bundesregierung muss weiter daran arbeiten, bürokratische Hürden und
70 überflüssige Regulierungen abzubauen. Die Digitalisierung ist hier ein Weg. Wir müssen
71 Zukunftsbranchen identifizieren und dafür klare industriepolitische Korridore entwickeln. Wir wollen
72 unsere Investitionsförderung in Deutschland und Europa grundsätzlich neu gestalten. Wir benötigen
73 ein System der Steuergutschriften für private Investitionen, um so die unternehmerischen
74 Investitionsentscheidungen zu stärken. Zur Stärkung des Binnenmarkts und der Rahmenbedingungen
75 für Unternehmen in Europa ist ein Arbeitsprogramm der Kommission mit Schwerpunkten bei der
76 Wettbewerbsfähigkeit, bei Investitionen, der Innovationsförderung sowie struktureller Reformen
77 notwendig. Wir wollen einen intelligenten Mix staatlicher Investitions- und Industriepolitik, eine kluge
78 Angebotspolitik und ein Programm zur umfassenden Entbürokratisierung in Deutschland und Europa.

79 Für den zukünftigen Ausbau Erneuerbarer Energien hat die Bundesregierung wichtige Weichen gestellt:
80 Mit der Verfahrensbeschleunigung und dem Vorrang von Infrastrukturen vor lokalen Einzelbelangen
81 konnten insbesondere der Ausbau Erneuerbarer Energien und der Stromnetze massiv beschleunigt

82 werden. Das ist gut für unser Land, denn es ist die Grundlage eines resilienten
83 Energieerzeugungssystems. Eine bezahlbare Energieerzeugung erfordert zweierlei: Einerseits müssen
84 Finanzierungskosten runter, in dem Marktrisiken verringert werden und langfristige
85 Planungssicherheiten ermöglicht werden. Dabei fördert der Staat Investitionen und senkt die
86 Finanzierungskosten. Die Investoren tragen das unternehmerische Risiko. Diese Aufgabenteilung ist ein
87 wesentlicher Grund für den Erfolg des US-Inflation-Reduction-Acts. Andererseits müssen in den
88 kommenden Jahren Speicher ausgebaut und das System flexibler werden, um Systemkosten finanziell
89 stabil zu halten. Dabei wird uns der Einsatz von Strom im Transport und in der Wärme (Sektorkopplung)
90 massiv helfen.

91 Insbesondere unsere Industrie, unser produzierendes Gewerbe und andere energieintensive Sektoren
92 wie Rechenzentren benötigen eine kurzfristige Senkung der Industriestrompreise. Mittelfristig muss
93 die nächste Bundesregierung eine Marktreform auf den Weg bringen. Es ist nicht zu rechtfertigen, dass
94 der Strommarkt dauerhaft von den Steuerzahler*innen subventioniert wird, wenn zugleich einzelne
95 Unternehmen jährliche Gewinne im Milliarden-Bereich erzielen können. Stattdessen wollen wir die
96 Gewinne dafür nutzen, die Strompreise insbesondere für die Unternehmen zu senken und zu
97 stabilisieren.

98 Die Stärke unserer Volkswirtschaft wird auch von der Frage abhängen, ob es uns gelingt, die dringend
99 benötigten Fachkräfte nach Deutschland zu holen: Einerseits um die Produktivität der deutschen
100 Wirtschaft hochzuhalten; andererseits um die Finanzierung unserer Sozialsysteme dauerhaft
101 sicherzustellen.

102 Deutschland ist ein Einwanderungsland, aber auch ein Rückwanderungsland. Zu viele Menschen
103 verlassen innerhalb der ersten beiden Jahre nach Einwanderung Deutschland. Dafür sind drei Gründe
104 maßgeblich: Erstens bieten wir oft nur Fachkräften, nicht aber deren Familienangehörigen eine
105 Entwicklungs- und Integrationsperspektive. Zweitens sind die sprachlichen Hürden in Deutschland und
106 in deutschen Unternehmen zu hoch und der deutschsprachige Arbeitsmarkt global gesehen nicht
107 bedeutend. Drittens ist die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und Zertifikaten immer noch
108 eine langwierige bürokratische Hürde. Außerdem gibt es zu wenig Möglichkeiten, die notwendige
109 Qualifikation kurzfristig zu erwerben. Gerade in Kammerberufen müssen wir weiter Bürokratie
110 abbauen. Es ist richtig, wenn wir im Rahmen von Abkommen mit Herkunftsstaaten langfristige
111 Anwerbeabkommen vereinbaren.

112 Der Jobmotor für geflüchtete Menschen, den der Bundesarbeitsminister gemeinsam mit der
113 Bundesagentur für Arbeit entwickelt hat, zeigt, wie gut die Integration in den Arbeitsmarkt und in das
114 Unternehmen gelingt, wenn eine entsprechende Begleitung sichergestellt ist.

115 **2. Sicherheit und Respekt durch gute Arbeit und gerechte Löhne**

116 Die wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Kriegs treffen besonders Menschen mit niedrigem und
117 mittlerem Einkommen. Wenngleich die Inflation durch die Maßnahmen der Bundesregierung wieder
118 auf die Zwei-Prozent-Marke gesenkt wurde, wirken die hohen Preise bis heute fort. Die
119 Arbeitnehmenden, Selbstständigen und Menschen, die Sorgearbeit leisten, sind das Rückgrat unseres
120 Wohlstands. Ihnen muss unser ganzer Respekt gebühren. Egal ob sie Vollzeit oder Teilzeit arbeiten, egal
121 ob in der Produktion, in Dienstleistungs- oder in sozialen Berufen – sie sind die wahren
122 Leistungsträger*innen in unserem Land. Unsere Politik zielt darauf ab, diesen Menschen eine
123 wirtschaftliche Grundlage zu ermöglichen, die ihnen Zuversicht und Sicherheit gibt. Mit unserer Politik
124 wollen wir die Phase von Reallohn- und Kaufkraftverlusten endgültig hinter uns lassen.

125 Sozialdemokrat*innen haben die Einführung des Mindestlohns in Deutschland durchgesetzt. Damit
126 haben wir die Grundlage geschaffen, dass Menschen aus eigenem Arbeitseinkommen dauerhaft der
127 Armut entwachsen und ein selbstbestimmtes Leben führen können. Über sechs Millionen Beschäftigte

128 haben davon profitiert. Im Geist der bewährten Sozialpartnerschaft sollte dieser armutsfeste
129 Mindestlohn durch die Mindestlohnkommission fortgeschrieben werden. Ausgerechnet als die
130 Inflation zuschlug und die explodierenden Energiepreise nach Monaten der Corona bedingten
131 Kurzarbeit für viele Menschen einen echten Reallohnverlust bedeutete, wurde diese Partnerschaft
132 aufgekündigt. Wir sind der Überzeugung, dass ein armutsfester Mindestlohn zügig schrittweise auf 15
133 Euro festgesetzt werden muss. Dafür werden wir Sozialdemokrat*innen in einer neuen
134 Bundesregierung kämpfen. Die Erhöhung des Mindestlohns ist ein Garant, dass sich Arbeit lohnt.

135 Ein weiterer Garant für gute Arbeitsbedingungen sind aktive Gewerkschaften und Betriebs- bzw.
136 Personalräte. Mit dem Bundestariftreuegesetz wollen wir Gewerkschaften stärken und gute Löhne
137 nachhaltig sichern. Wenn öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die nach Tarif
138 bezahlen, wird für Millionen Arbeitnehmer*innen das Lohnniveau gestärkt.

139 Wengleich der Niedriglohnsektor durch die Bundesregierung deutlich gesenkt wurde, ist der Anteil
140 der prekären Beschäftigungen zu hoch. Damit ist für zu viele Menschen eine wirtschaftliche
141 Unsicherheit verbunden. Wir müssen prekäre Beschäftigungsverhältnisse deutlich zurückdrängen. Die
142 Zahl geringfügiger Beschäftigungen muss reduziert und die sachgrundlose Befristung abgeschafft
143 werden.

144 Aber eines ist auch klar: In Zeiten, in denen wir wieder mit steigender Arbeitslosigkeit konfrontiert
145 werden und zudem 22% der Jugendlichen ohne qualifizierenden Abschluss auf den Arbeitsmarkt
146 kommen, muss die Arbeitslosenversicherung noch bessere Angebote für Aus- und Fortbildung sowie
147 Qualifizierung unterbreiten. Die SPD setzt sich weiterhin für eine Mindestausbildungsvergütung ein.
148 Gleichzeitig muss es unser Ziel sein, die Zahl der Jugendlichen ohne Abschluss durch
149 Bildungsinvestitionen zu halbieren.

150

151 **3. Das Leben in der Stadt und auf dem Land muss bezahlbar bleiben**

152 Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten hat zuletzt den Wert der Arbeit in Frage gestellt. Neben der
153 Inflation durch den Energiepreisschock geht es vor allem um die Kostenexplosion für Wohnen und
154 Wärme und die steigenden Kosten für Mobilität im ländlichen Raum.

155 Deshalb müssen die Kosten für Wärme und Energie gesenkt werden. Die Wärmeinfrastruktur durch
156 Fern- und Nahwärmenetze wird eine wesentliche Säule einer an Gerechtigkeit und Teilhabe
157 orientierten Energiepolitik werden. Aber allein hierfür bedarf es einer Billionen-Euro-Finanzierung,
158 damit Stadt- und Gemeindewerke die erforderliche Infrastruktur schaffen können. Bei entsprechend
159 langen Tilgungszeiträumen sowie staatlich abgesicherten Finanzierungskosten lassen sich sozial
160 verträgliche Wärmepreise für diese Infrastruktur sicherstellen. Die nächste Bundesregierung muss
161 deshalb gemeinsam mit Landesbanken, EIB und KfW einen Rahmen schaffen, damit Investitionen im
162 Interesse der Menschen und bezahlbarer Energiekosten möglich sind. So wie dies auch beim Ausbau
163 des Abwassernetzes gelungen ist. Mit der dringend notwendigen Reform der Fernwärmeverordnung
164 wollen wir Mieter*innen besser vor unangemessenen Belastungen durch Wärmelieferungen im
165 Contracting schützen. Diese muss ein Recht der Mieter*innen auf Einsicht in alle Belege sowie den
166 Ausschluss der Umlagefähigkeit von Kosten des Wärmelieferanten (z.B. bei Instandsetzung,
167 Instandhaltung und Wartung) und von Fernwärme-/Wärmecontracting-Verträgen mit verbundenen
168 oder beherrschten Unternehmen beinhalten.

169 Die Entwicklung der Mieten in den Städten spitzt sich seit Jahren zu. Einerseits schrumpft der Bestand
170 an bezahlbaren Wohnungen durch das Auslaufen von Mietpreisbindungen. Der Neubau von
171 bezahlbarem Wohnraum gelingt jedoch zu langsam. Andererseits haben Inflation und die
172 renditegetriebene Erhöhung von Mietpreisen bspw. durch das Ausnutzen der Lücken der

173 Mietpreisbremse und die Verwendung von Indexmietverträgen, seit 2022 das Problem verschärft. Bis
 174 in die Mitte unserer Gesellschaft ist das bezahlbare Wohnen eine existenzielle Frage. Um den
 175 Menschen wieder mehr Handlungsspielräume zu eröffnen, brauchen wir eine echte Wende in der
 176 Mietenpolitik. Der Staat muss regulierend eingreifen und für echte Chancengleichheit zwischen
 177 Mietern und Vermietern sorgen. Insbesondere die Fortschreibung der Mietpreisbremse unter
 178 Schließung der Lücken beim möblierten und befristeten Wohnen, ein besserer Mieterschutz durch
 179 kommunale Vorkaufsrechte, Kappungsgrenzen sowie einen effektiver Schutz vor Mietwucher und
 180 Eigenbedarf sind dabei unumgänglich. Zugleich fordern wir im Bundesrecht die Eröffnung der
 181 Möglichkeit für die Länder und die Kommunen, einen regional geltenden Mietenstopp von mindestens
 182 5 Jahren in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten einzuführen.

183 Langfristig lassen sich stabile Mieten nur durch den Neubau von Wohnungen erreichen. Das von der
 184 SPD entwickelte Schneller-Bauen-Gesetz im Land Berlin sollte bundesweit Vorbild sein. Der Ansatz
 185 muss im Bund auch auf die notwendige Infrastruktur (ÖPNV, Schulen, Kitas etc.) ausgedehnt werden.
 186 Mit unserem Landesprogramm für den Sozialen Wohnungsbau im Umfang von jährlich 1,5 Milliarden
 187 Euro steuern wir im Rahmen der Möglichkeiten des Landeshaushalts dem Rückgang der
 188 Sozialwohnungen aktiv entgegen. Wir fordern vom Bund, jährlich mindestens 15 Milliarden Euro
 189 zusätzlich für den Sozialen Wohnungsbau in den Ländern bereitzustellen und die neue
 190 Wohngemeinnützigkeit mit einem echten Förderprogramm zu untersetzen. Zusätzlich wollen wir
 191 Menschen mit mittlerem Einkommen den (Mit-)Eigentumserwerb durch abgestimmte
 192 Fördermaßnahmen ermöglichen. Parallel fordern wir den Bund auf, über die KfW ein kofinanziertes
 193 Förderprogramm für Wohnungskäufe durch kommunale Gesellschaften und Genossenschaften
 194 aufzulegen. Auch die horrenden Bodenpreise bremsen den Wohnungsbau. Es braucht daher eine
 195 grundlegende Reform des Bodenrechts und weitergehende Regelungen, um (z.B. mit einer
 196 Bodenwertzuwachssteuer) leistungslose Bodenwertsteigerungen zu Gunsten der Allgemeinheit
 197 abzuschöpfen.

198 Gerade für Menschen, die auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) angewiesen sind, ist das
 199 Deutschlandticket von großer Bedeutung. Es hat durch die Überwindung der Tarifgrenzen und durch
 200 seinen günstigen Preis Anreize geschaffen, häufiger auf den klimafreundlichen ÖPNV zu setzen.
 201 Außerdem ist es auch ein Beitrag zur Stabilisierung der Lebenshaltungskosten, insbesondere für solche
 202 Haushalte, die von individueller Mobilität abhängig sind. Das Deutschlandticket war in der Krise und ist
 203 für die Zukunft einer gerechten und klimafreundlichen Mobilität eine wichtige Errungenschaft.
 204 Während andere das Deutschlandticket abschaffen wollen, ist unser Ziel die dauerhafte Verstetigung.
 205 Es muss mit verlässlichen Investitionen in den öffentlichen Fern- und Nahverkehr verbunden werden.
 206 Hierfür braucht es langfristige Finanzierungssicherheit, z.B. durch einen Investitionsfonds oder
 207 Transaktionskredite.

208 **4. Ein starker Sozialstaat gibt Halt in bewegten Zeiten**

209 Gerade in Zeiten der Transformation und wirtschaftlicher Unsicherheit müssen sich die Bürger*innen
 210 auf einen funktionierenden Sozialstaat verlassen können. Der Sozialstaat hat die Funktion, Menschen
 211 dabei zu unterstützen, sich aus Risikolagen zu befreien und in temporären oder dauerhaften Notlagen
 212 zu helfen. Wer diesen Sozialstaat kürzen oder abschaffen will, legt die Axt an den Zusammenhalt
 213 unserer Gesellschaft. Darum verteidigen wir die bestehenden sozialen Sicherungssysteme, wie die
 214 gesetzliche Rente, die Arbeitslosenversicherung, sowie die gesetzliche Kranken- und soziale
 215 Pflegeversicherung. Es ist richtig, die Beitragsbemessungsgrenzen dieser Versicherungen im Regelfall
 216 jährlich anzuheben.

217 Deshalb stehen wir dafür, die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung
 218 weiterzuentwickeln. Eine solche Arbeitsversicherung kann die Beschäftigten und Selbstständigen bei
 219 notwendigen Qualifizierungen im Zuge der Transformation noch besser unterstützen.

220 Deshalb wollen wir das Rentenniveau langfristig sichern. Den Kern bildet dabei die Stabilisierung des
221 gesetzlichen Rentenniveaus bei mindestens 48 Prozent. Davon profitieren Millionen heutiger
222 Rentner*innen, aber vor allem diejenigen, die in Zukunft in Rente gehen. Eine Erhöhung der Abschläge
223 soll es mit der SPD nicht geben. Gleichzeitig wollen wir den Anstieg der Beiträge zur Rentenversicherung
224 begrenzen, indem wir mehr Menschen in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Zur
225 Sicherung des Rentenniveaus gehört auch der konsequente Ausbau der Betriebsrenten als dritte Säule
226 des Rentensystems. Diese wollen wir über das Betriebsrentenstärkungsgesetz ausweiten und mit einer
227 guten Beratung flankieren. Daneben muss die Grundrente gestärkt werden, die gerade für Menschen
228 mit niedrigen Einkommen Sicherheit im Alter bietet. Einen weiteren Baustein hat die Bundesregierung
229 in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht, indem sie das freiwillige längere Arbeiten im Alter
230 für alle vorangebracht hat, die dies wünschen.

231 Wir sehen die finanziellen Defizite der gesetzlichen Kranken- und sozialen Pflegeversicherung mit
232 großer Sorge. Die erfolgten und weiter notwendigen Beitragsanhebungen stellen eine enorme
233 finanzielle Belastung für Unternehmen wie Beschäftigte dar. Unser langfristiges Ziel ist es, die Basis der
234 Einnahmen zu vergrößern, indem alle Menschen in Deutschland solidarisch in eine Kranken- und
235 Pflegeversicherung einzahlen - die Bürgerversicherung. Kurzfristig wollen wir die Kranken- und
236 Pflegeversicherung durch zusätzliche Steuermittel entlasten, Leistungen unbürokratischer und
237 effizienter gestalten, ohne die Versorgung für die Menschen zu verschlechtern.

238 Die mit der Einführung des Bürgergeldes eingeleitete Abkehr von Hartz IV war richtig. Wir werden
239 gemeinsam die anhaltenden Angriffe auf dieses zentrale SPD-Projekt abwehren. Es braucht eine
240 bessere finanzielle Ausstattung der Jobcenter für die effektive Betreuung und Weiterbildung von
241 Menschen. Dabei achten wir darauf, dass der Sozialstaat keine einseitige Leistung darstellt. Unser
242 Sozialstaat zeichnet sich durch Solidarität und Eigenverantwortung aus. Das Beispiel des Jobmotors,
243 um Geflüchtete in Arbeit zu bringen, unterstreicht dies sehr gut: Wir stehen in der Verantwortung, die
244 Leistungen und die Unterstützung (z.B. durch ausreichende Kita-Plätze) der arbeitssuchenden
245 Menschen besser zu verzahnen, sodass die Erfolgsquoten deutlich ansteigen. Zugleich kann die
246 Solidargemeinschaft aber auch erwarten, dass die betroffenen Menschen eine zumutbare Arbeit mit
247 guten Arbeitsbedingungen aufnehmen. Alle, die in der Lage sind zu arbeiten, sollten dies auch tun.

248 **5. Unsere äußere Sicherheit braucht ein starkes Europa**

249 Europa und Deutschland sind mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine in einer neuen Realität
250 aufgewacht. Olaf Scholz hat diese Zäsur als Zeitenwende bezeichnet. Deutschland muss für die eigene
251 Sicherheit aufkommen, in Sicherheit und Verteidigung investieren, und unser Land und unser
252 Wertesystem gegen Angriffe von außen verteidigen. Dazu gehört auch die Abwehr ausländischer
253 Infiltration und Spionage, um sich Wissen und geistiges Eigentum deutscher Wissenschaftler*innen und
254 Unternehmen illegal anzueignen. Besonders perfide sind die immer häufiger stattfindenden Angriffe
255 auf unsere Demokratie durch Fake News, Propaganda und Hass sowie die Unterstützung populistischer
256 Parteien.

257 Zeitenwende Politik bedeutet daher die Stärkung der Demokratie, ihrer Institutionen und ihrer
258 Diskursräume für demokratische Debatten. Ebenso erfordert es umfangreiche Investitionen von Staat
259 und Wirtschaft in Cybersecurity und resiliente Lieferketten, die verhindern, dass die deutsche
260 Wirtschaft nochmals in ähnliche Abhängigkeiten gerät, wie dies für russisches Erdgas galt. Dabei sind
261 insbesondere wichtige Rohstoffe und die Rolle Chinas in den Rohstofflieferketten zu überdenken.

262 Wir sind stolz darauf, dass Olaf Scholz in den vergangenen beiden Jahren einen besonnenen Kurs in der
263 Ukraine Politik durchsetzen konnte. Einerseits haben Olaf Scholz und die Bundesregierung immer
264 verdeutlicht, dass sie vollständig und vorbehaltlos hinter der Ukraine stehen. Darum hat Deutschland
265 die Ukraine militärisch, humanitär und wirtschaftlich wie kaum ein anderes Land unterstützt. Vor allem

266 hat Deutschland eine große Zahl ukrainischer Flüchtlinge aufgenommen und auch damit Solidarität
 267 gezeigt. Andererseits hat Olaf Scholz aber auch verdeutlicht, dass Deutschland keine Kriegspartei wird
 268 und damit eine klare Trennlinie gezogen, die eine Kriegsbeteiligung Deutschlands verhindert. Wir
 269 stehen dafür, diesen besonnenen Kurs auch nach der Bundestagswahl fortzusetzen.

270 Der Amtsantritt von Donald Trump als US-Präsident wird voraussichtlich einen tiefen Einschnitt in der
 271 gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik bedeuten und Europa vor neue Herausforderungen
 272 stellen. Die Trump-Administration wird noch stärker ihre Aufmerksamkeit der Rivalität mit China
 273 widmen. Sicherheitspolitisch bedeutet die „America First“ Ideologie, dass sich die USA aus kostspieligen
 274 Konflikten zurückzieht – notfalls durch Deals wie 2019 mit den Taliban oder durch das Abwälzen der
 275 Kosten auf Verbündete. Für Europa hat dies weitreichende Konsequenzen: Die Europäer werden die
 276 Hauptlast für die Unterstützung der Ukraine, die Sicherheit des Kontinents und die Stabilität der
 277 Nachbarschaft tragen müssen.

278 Europa und die künftige Bundesregierung muss in Abstimmung mit den internationalen Partnern und
 279 Verbündeten seine konventionelle Abschreckungsfähigkeit herstellen und die Verteidigungsausgaben
 280 deutlich erhöhen. Aufgrund unserer Bündnisverpflichtungen und unseren eigenen
 281 Sicherheitsinteresse, werden wir das 2-Prozent-Ziel einhalten und wenn nötig überschreiten. Die
 282 Ukraineunterstützung soll deshalb mit einer Ausweitung des Sondervermögens einhergehen.

283 **6. Unsere Zukunftsinvestitionen brauchen größere haushalterische Spielräume**

284 Die KfW hat 2023 die transformationsbedingten Zusatzinvestitionen auf 5 Billionen Euro bis 2045
 285 beziffert. Rund 20% davon müssten gerade bei der Erneuerung oder dem Aufbau von Infrastrukturen
 286 von der öffentlichen Hand geleistet werden. Auch die Kosten der Sicherheit und Verteidigung steigen.
 287 ebenso wie die weitere Verteidigung und die Kosten des Wiederaufbaus der Ukraine nach Kriegsende
 288 werden die Europäer und vorneweg Deutschland stemmen müssen.

289 Wer resiliente Lieferketten und ein Netzwerk von Partnern Deutschlands in der Welt will, muss die
 290 Zusammenarbeit in der Welt ausbauen und in diese Partnerländer investieren, statt die Budgets in der
 291 Entwicklungszusammenarbeit zu kürzen. Die Stärkung des deutschen und europäischen Standorts im
 292 Wettbewerb und ein drohender Handelskrieg zwischen China und den USA wird erfordern, dass wir im
 293 Wettbewerb um Standortbedingungen und Industriepolitik mithalten und dem Inflation Reduction Act
 294 vergleichbare, wirksame Programme auflegen.

295 Vor uns liegen Zeiten, in denen der Staat als aktiver und investierender Akteur, als Garant der
 296 Infrastrukturen und als Motivator privater Zukunftsinvestitionen eine viel umfangreichere Rolle spielen
 297 wird als in den vergangenen Jahrzehnten. Der Streit um die Schuldenbremse zeigt bereits die damit
 298 zusammenhängenden bevorstehenden Verteilungskämpfe: Wer soll die Kosten tragen?

299 Wir sagen: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Wir sagen aber auch, die Erneuerung
 300 unserer Infrastruktur und die Investition in eine klimaneutrale Gesellschaft sind Leistungen, die wir
 301 auch für nachfolgende Generationen erbringen. Darum ist es generationsgerecht, wenn wir aktuell der
 302 Gesellschaft die ökonomische und kulturelle Dimension der Transformation zumuten, die
 303 Refinanzierung aber zumindest teilweise, wie vom Institut der Deutschen Wirtschaft vorgeschlagen, in
 304 die Zeit nach 2045 verschieben.

305 Zwar können auch unter dem Rechtsrahmen der aktuellen Schuldenbremse schon heute Programme
 306 zur Transformation im Rahmen von Sondervermögen auf Darlehens- statt Zuschussbasis aufgesetzt
 307 werden. Hiervon sollte auch die nächste Bundesregierung stärker Gebrauch machen. Die Öffnung und
 308 Reform der Schuldenbremse für Zukunftsinvestitionen bleibt dennoch ein zentraler Beitrag zur
 309 Wahrung Generationengerechtigkeit, da sie in ihrer heutigen Ausgestaltung nicht genügend
 310 Spielräume für starke Zukunftsinvestitionen ermöglicht. Zugleich ist vieles auch außerhalb der

311 Schuldenbremse finanzierbar. Dazu bedarf es Sondervermögen, die in bestimmten Fällen, wie der
312 Unterstützung der Ukraine, auch instrumentell der richtige Rahmen sind. Teil einer solchen
313 Finanzpolitik müssen aber auch Transaktionskredite, KfW oder EIB basierten Programme, und die
314 Instrumente der europäisch solidarischen Finanzierung wie dies beim ESM oder eine anzustrebenden
315 Fiskal- und Bankenunion der Fall ist, sein. Die Möglichkeiten neuer Finanzierungsinstrumente wie
316 gemeinsame Eurobonds zur Finanzierung von Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Maßnahmen
317 sollten vorangetrieben werden.

318 Eine faire Lastenverteilung setzt auch eine Steuerreform voraus. Darum wollen wir eine grundlegende
319 Reform der Einkommenssteuer. Unser Ziel ist es, dass die große Mehrheit der Steuerzahlenden
320 entlastet wird und nur das höchste 1 Prozent der Einkommen stärker in die Verantwortung genommen
321 wird. Zudem wollen wir Vermögen, Erbschaften und Schenkungen stärker zur Finanzierung staatlicher
322 Aufgaben heranziehen. Diese sozial ausgewogene Reform wird den Menschen in unserem Land mehr
323 finanziellen Spielraum geben, die Kaufkraft stärken und die Steuerzahler insgesamt entlasten. Damit
324 kurbeln wir die Wirtschaft aus der breiten Mitte der Gesellschaft an.

325 **Und deshalb gilt: Deutschland hat die Wahl!**

326 Die Bevölkerung muss entscheiden, wie das Land und die Gesellschaft in einem radikal veränderten
327 Umfeld Gestaltungsmacht zurückgewinnen können. Zur Wahl stehen unterschiedliche Gesellschafts-
328 und Wirtschaftsmodelle.

329 Um den populistischen Herausforderungen entgegenzutreten, ist es wichtig, den Bürger*innen klar zu
330 sagen, was auf sie zukommt und was das für uns alle bedeutet. Die große Mehrheit der Bevölkerung
331 hat längst verstanden, dass Veränderungen anstehen. Sie haben aber die Befürchtung, dass es am Ende
332 die arbeitenden Menschen sowie diejenigen ohne Einkommen und Vermögen sein werden, die die
333 Kosten zu tragen haben. Das ist die Grundstimmung, auf der die Populisten mobilisieren. Hier müssen
334 wir ansetzen. Für eine Politik der Mitte der Gesellschaft.

335

336 **Am 23. Februar 2025 entscheidet sich, ob Deutschland eine Regierung erhält, die sich den**
337 **Zukunftsaufgaben stellt, ohne dabei Verteilungskonflikte gegen Menschen mit unterem und**
338 **mittlerem Einkommen auszulösen Es entscheidet sich, ob wir uns für eine Stärkung unserer**
339 **Demokratie einsetzen. Wir sind sicher, eine solche Regierung muss von Sozialdemokratinnen und**
340 **Sozialdemokraten geführt werden. Darum werden wir in den kommenden Wochen unsere gesamte**
341 **Kraft einsetzen, um hierfür zu kämpfen.**